

# Irangate am Rhein?

## Zum Waffenhandel zwischen MBB und Teheran

Es ist ja nichts Neues, daß Moden und Trends, die in der Bundesrepublik chic werden, ihren Ursprung auf der anderen Seite des Atlantiks haben. Daß das Nachäffen jetzt aber selbst auf Aktionen übergreift, die sich offensichtlich zum Nachteil ihrer Initiatoren ausgewirkt haben, dürfte selbst für Plagiarius Kohl eine neue Erfahrung werden. Zwar findet alles in der für die gegenwärtige Bundesregierung — verglichen mit Washington — so charakteristischen, etwas biederen Form statt, davon abgesehen ist es genauso anrüchig. Offiziell wird man auf einem angeblich entscheidenden Unterschied insistieren: Es seien, damit wird Kohl sich brüsten, ja keine Flugzeuge geliefert worden. Daß die Bundesregierung sich diese Feder an den Hut stecken kann, ist jedoch ebenso unwahrscheinlich wie Reagans Bekundung, von allem nichts gewußt zu haben.

Die Enthüllung des US-Fernsehmultis ABC geht offensichtlich auf einen verärgerten iranischen Waffenhändler zurück, der sich um seine rund 40 Millionen Dollar Provision geprellt fühlt. Laut Haschemi sei der Deal abgeschlossen und die Lieferung von 12 Maschinen vereinbart worden. Die unwahrscheinlichste Version, warum dann doch nichts aus dem Geschäft geworden ist, lieferte ein MBB-Firmensprecher, als er behauptete, die Bundesregierung habe eine Genehmigung für den Verkauf schlicht untersagt.

Nach aller Erfahrung über diese Art von Waffenhandel weiß man, daß Rüstungskonzerne nicht einfach einen Antrag stellen, um dann abzuwarten, wie im zuständigen Ministerium wohl entschieden wird. Daß dem auch in diesem Fall nicht so war, hat der stellvertretende Vorsitzende von MBB, Sepp Hort, in einem Interview am Sonntag bereits zugegeben. Mit Wissen, Billigung und Ermunterung aus Bonn habe man 18 Monate in Teheran verhandelt und sei darüberhinaus aufgefordert worden, den Kontakt nicht abreißen zu lassen. Allerdings mit einer kleinen Einschränkung: Laut Hort hätte MBB erst dann liefern sollen, wenn die Iraner die Waffen nicht mehr brauchen — nach Kriegsende.

Diese Erklärung ist so dämlich, daß hinter der ganzen Affäre nur eines vermutet werden kann: eine größere Schweinerei als bislang bekannt geworden. Damit stellt sich wiederum die Frage ähnlich wie in Washington: Was weiß die Bundesregierung, was der Kanzler? Die bisherige Stellungnahme ist ebenfalls symptomatisch für den Problembereich: Nach eigenen Angaben nämlich weiß die Bundesregierung von gar nichts.

Jürgen Gottschlich

TAZ, 5.1.87

## Scharfe Kritik an Iran-Reise Genschers

bif. BONN. Die jüngste Iran-Reise von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ist am Mittwoch im Auswärtigen Ausschuß des Bundestags zum Teil scharf kritisiert worden. Im Verlauf einer Debatte über die Massenerschießungen in Gefängnissen sprach der SPD-Abgeordnete Karsten Voigt von einer „Leisetreterei Genschers“. Auch Vertreter von CDU/CSU verwiesen mit kritischem Unterton darauf, daß die Tätigkeit deutscher Firmen in Südafrika auch amtlich hinterfragt werde, während Genscher bei seiner Teheran-Visite 40 Vertreter der deutschen Wirtschaft mitgenommen habe. Der Kritik an Genscher schloß sich für die Grünen auch Otto Schily an. Hildegard Hamm-Brücher (FDP) verwies darauf, daß es im Fall des Iran „Zielkonflikte“ zwischen der Vermittlungsfunktion im Nahen Osten und dem Ansprechen der Menschenrechtsfragen gebe. Zu den Massenerschießungen werden CDU/CSU, SPD und FDP gemeinsam eine Entschließung im Bundestag einbringen, die morgen, Freitag, verabschiedet werden soll. Vertreter des Ausschusses erinnerten daran, daß es bereits zur Lage in Rumänien, zum Giftgaseinsatz des Irak und zu Tibet Entschließungen des Ausschusses gegeben habe, die zum Teil gegen den Widerstand des Auswärtigen Amtes verabschiedet wurden.

S. P. -  
Mittwoch  
8/12/88

AA000100

AA000099